

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Sonderdruck-Gamelnnummer 25 241.
Nur für Nachrichten: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Umgebung bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 20,--
aber durch die Post bei täglich einmaliger Zustellung monatlich M. 24,--
Die 1-paltige 32 mm breite Seite M. 11,-- außerhalb Sachsens M. 11,-- Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Zeichen und Wohnungsanzeigen, 1-paltige Zeilen und Wer-
bende 25 % Zuschlag. Vorauszahlung laut Zeitungsdruckvertrag. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Hauptverwaltungsstelle:
Markenstraße 36/40.
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Frankreichs Sanktionsfieber.

Eine Auslegung der englischen Schuldennote.

Paris, 3. Aug. Die Note der englischen Regierung über die interalliierten Kriegsschulden war bis gestern noch nicht überreicht. Trotzdem bildet sie in allen Kreisen der Finanz, der Politik und der Diplomatie den Gegenstand ernster Besprechungen. Eigenartig allerdings ist das Verhalten der nationalistischen Presse. Sie urteilt mit einer kaum glaublichen Oberflächlichkeit und sucht kurz vor der bevorstehenden Londoner Besprechung die Note Balfours so zu deuten, als ob sie nunmehr der französischen Politik des direkten Handels gegenüber Deutschlands den Weg ebne. Man frohlockt, daß nunmehr die Bemerkungen befreit seien, die der Internationale Bankierskongress mit seinen Projekten getrieben hat, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Poincaré die Tage bis zum kommenden Montag dazu benutzen werde, den Plan anzuarbeiten, durch den er im Notfall, wenn die Alliierten Frankreichs der Politik der Pfänder und Garantien nicht zustimmen, durch selbstständiges Vorgehen im Rheinlande und im Ruhrgebiet die französische Forderung sicherstellen wolle. Der „Temps“ erteilt der Regierung sogar den Rat, diese direkte Eintreibung der Forderung in Deutschland in dem Maße durchzuführen, wie England die Rückzahlung seiner Forderung von Frankreich verlange. Nur wenige besonnene Leute sehen in dem Vorgehen Englands einen Beweis für die internationale Solidarität, ohne die das Reparationsproblem unlösbar bleibt.

Poincarés Gewaltmaßnahmen.

Paris, 3. Aug. In Pariser Kreisen verläutelt, daß Poincaré die Absicht habe, falls Deutschland seinen Beschluß bzgl. der Ausgleichszahlungen nicht zurückziehen sollte, am 5. August folgende Maßnahmen in Kraft treten zu lassen: Ausweisung von 80 000 Deutschen und Eltsch-Lothringern, Beschlagnahme ihrer Güter zu Gunsten des französischen Staates, Beschlagnahme aller Güter der reichen Kaufleute im linksrheinischen Gebiet und in den Städten Düsseldorf, Anrort und Duisburg. Französische Polizeikontrollen im Ruhrgebiet unter Führung des Generals Michel.

Zuerst „gemäßigt“, dann progressiv!

Paris, 2. August. „Journal“ schreibt über die geplanten Zwangsmaßnahmen, die die französische Regierung für den Fall ins Auge faßt, daß Deutschland sich nicht vor dem Ultimatum beuge, sie seien progressiv und würden sich entsprechend den Umständen entwickeln. Die ersten Sanktionen seien gemäßigt. (W. T. N.)

Paris, 3. Aug. „Chicago Tribune“ schreibt, die Sanktionen, die Frankreich am Sonnabend mittag gegen Deutschland ausführen werde, würden, wie gestern offiziell mitgeteilt wurde, in der Beschlagnahme deutscher Industrieunternehmungen in Eltsch-Lothringen bestehen. Es würde auch vorgeschlagen, den Industriebetrieb in dem besetzten Deutschland und möglicherweise im Ruhrgebiet zu beschla-

gnahmen. Das Kabinett werde aber heute oder morgen erst die Entscheidung treffen, ob diese erste Maßnahme notwendig sei. Die französische Regierung gedenke die Beschlagnahme durch einen Zivilprozeß herbeizuführen, was auch im besetzten Deutschland möglich sei. Die Beschlagnahme von Industriebetrieb im Ruhrgebiet würde die Verwendung von Truppen erfordern. (W. T. N.)

Nach der „Tena“ sind die Zwangsmaßnahmen der französischen Regierung, die nebenbei am 5. August in Kraft treten sollen, folgender Art: 1. Beschlagnahme der Reichseinnahmen, wie Zölle, Steuern usw. 2. Beschlagnahme einer Anzahl industrieller Werke im besetzten Gebiet, sowie Beschlagnahme des Privateigentums und Vermögens von Handelsfirmen daselbst. 3. Beschlagnahme des Vermögens deutscher Staatsangehöriger in Eltsch-Lothringen. 4. Vorbereitung wirtschaftlicher Sanktionen auch in den übrigen Gebieten des Reiches bezüglich der Reichseinnahmen.

Die neue deutsche Antwort.

Berlin, 3. August. Die Reichsregierung wird sich im Laufe des heutigen Tages noch einmal mit der Frage der Ausgleichszahlungen beschäftigen und wahrscheinlich der französischen Regierung auf ihre Note eine Mitteilung angehen lassen, in der sie auf die Unmöglichkeit der Zahlungen hinweist, sich aber bereit erklärt, eventuelle Vorschläge der französischen Regierung und der übrigen alliierten Mächte zur Regelung der Frage einer ernstlichen Prüfung zu unterziehen.

Französische Manöver in der Ausgleichsfrage.

Berlin, 3. Aug. Der Pariser Berichterstatter der „Post“ berichtet: Nach Mitteilung ausländischer französischer Stellen wird die Frage der Kompensationszahlungen ein anderes Aussehen annehmen, (2) wenn Deutschland erklärt, es erlaube sich nicht auf den neuen Markt um eine Revision der Londoner Vereinbarung über die Kompensation. In diesem Falle würden die Verbündeten die Frage gemeinsam prüfen und Deutschland von einer entsprechenden Entscheidung gemeinsam in Kenntnis setzen. Nach französischer Auffassung habe die deutsche Note durch entsprechende Zurückweisung beantwortet werden müssen, weil die Reichsregierung einer gemeinsamen Entscheidung der Verbündeten vorgegriffen und unter Verletzung der Londoner Vereinbarungen die Einstellung der Kompensationszahlungen in der festgelegten Höhe angekündigt habe. Sollte Deutschland trotz der gestrigen Note Poincarés auf dem bisherigen Standpunkt beharren, so würden die angekündigten Maßnahmen automatisch in Kraft treten. Man lege aber Wert darauf, zu betonen, daß es sich keinesfalls um Sanktionen handeln werde, sondern nur um Maßnahmen zur Einziehung der fälligen Schulden. Die Frage der Kompensation sei nach französischer Auffassung von der Reparationsfrage streng zu unterscheiden.

Ueberreichung der bayerischen Antwort.

Drohmeldeung einer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 3. Aug. Der bayerische Gesandte in Berlin v. Freyer hat heute mittag dem Reichspräsidenten die angeforderte bayerische Note überreicht.

Aus München meldet uns unser dortiger Vertreter: München, 3. Aug. Nun hat Berlin das Wort, denn die bayerische Antwort ist abgefaßt. Man nimmt hier an, daß der Reichspräsident sofort nach Empfang der Antwort der bayerischen Regierung diese der Öffentlichkeit zu teilen wird, damit der genaue Wortlaut bekannt werde. Die bayerische Regierung und die bayerische Volksvertretung müssen nun abwarten, was Berlin vorhat. Nachdem einmal vom Reichspräsidenten der Weg des persönlichen Meetings aus dem Reichspräsidenten beschritten ist, wird kaum bei den weiteren Verhandlungen dieser persönliche Weg verlassen werden, schon um deswillen nicht, weil dieser Verkehr von Person zu Person in Ton und Inhalt viel verständlicher klingt und viel mehr Verständigungsmöglichkeiten bietet, als der höhere Notenaustausch. In Berlin wird die Sache vermutlich ihren gewöhnlichen Gang nehmen, so daß der Reichspräsident im Reichskabinett Mitteilung macht und dieses seine Beschlüsse faßt. Prophezeien oder kombinieren wäre das Allergerichste.

Die Erweiterung der bayerischen Koalition.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
München, 3. Aug. Auf dem Papier ist die Erweiterung und Verbreiterung der bayerischen Regierung und Koalition nach rechts vollzogen. Es fragt sich nur, ob Bayerische Volkspartei und Bayerische Mittelpartei über die Verteilung der Ministerien einig werden. Besteht die Bayerische Mittelpartei auf zwei Ministerien und da wieder speziell auf dem Justizministerium, ist die Sache noch immer brennend. Die Bayerische Volkspartei fühlt sich moralisch verpflichtet, dem gegenwärtigen stellvertretenden Justizminister, der seit der Revolution unter allen Justizministern die Innengeschäfte geführt hat, nämlich Staatsrat Dr. Karl Mayer, das Justizportefeuille definitiv zu übergeben. Ob die Bayerische Mittelpartei mit dem unpolitischen und somit so auf dem Ausßerbe-Glat stehenden Handelsministerium zufrieden sein wird, ist fraglich. Kommt man über die Personalfragen hinweg, so kann der Landtag morgen in die Ferien gehen mit dem Bewußtsein, mit 6 Mandaten eine tragbare Regierungsbasis geschaffen zu haben.

Kein Devisenankauf der Reichsregierung.

Berlin, 3. August. Nach Wittermeldungen hat die Reichsregierung in Anbetracht des katastrophalen Marktaufstieges sich veranlaßt gesehen, den Devisenankauf für die Reparationsleistungen einzustellen. Für die Reparationsleistungen stehen im August nur geringe Devisenmengen zur Verfügung.

Die Bedeutung der Londoner Konferenz.

Das Vorbild für eine große internationale Konferenz.
London, 3. Aug. In offiziellen englischen Kreisen wird betont, daß die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Poincaré wahrscheinlich einen dramatischen Verlauf nehmen und viel wichtiger sein werden, als irgend eine andere Konferenz seit der Friedenskonferenz von Versailles. Lloyd George wird vorgeschlagen, einen Teil der französischen Schuld gegen Nachlass eines Teiles der französischen Forderungen an Deutschland nachzulassen.

London, 3. Aug. In offiziellen Kreisen verläutelt, daß die Unterhaltung zwischen Lloyd George und Poincaré am Montag sofort nach der Ankunft des französischen Ministerpräsidenten beginnen werde. Diese Konferenz werde als Vorbild für wichtige Verhandlungen angesehen, in denen das Bankierkomitee wieder eine Rolle spielen dürfte. Außerdem glaube man, daß die späteren Konferenzen aller Voraussicht nach den Weg ebnen würden, um eine große internationale Konferenz einzuuberufen, an der Amerika ebenfalls eingeladen werden soll.

Ein französischer Ministerrat.

Paris, 3. Aug. Dem für heute einberufenen Kabinettsrat wird größte Wichtigkeit beigemessen. Präsident Millerand wird selbst nach Paris kommen, um die Beratungen persönlich zu leiten. Aller Voraussicht nach wird heute die Entscheidung über die Vorschläge Poincarés fallen. Die dieser in London zur Lösung der Reparationsfrage unterbreiten will. Die offizielle Pariser Presse bezeichnet hierbei die Balfour-Note als gute Vorbereitung für die Londoner Konferenz. Diese Note ermöglicht eine provisorische Lösung, die vermutlich auch von Amerika angenommen würde. In Erwartung einer späteren allgemeinen Schuldregelung würde Frankreich jetzt Deutschland ein Moratorium bewilligen, mit der Bestimmung, daß es seine Schulden an England und Amerika nicht abzurufen brauche, solange Deutschland nicht gezahlt habe.

Zur Kabinettsneubildung in Italien.

Berlin, 3. August. Wie dem „N. Z.“ berichtet wird, ist der bedeutendste Mann des neuen italienischen Kabinetts neben dem Minister des Innern Taddei der neue Schatzminister Paratore, der bisherige Vorsitzende des Finanzkomitees. Paratore ist der Verfasser des ebenfalls als unerbitlichen Finanzexpertes, das neuzeitliche Kabinetts und dem Lande einen so heilsamen Schreden einjagte. Paratore studierte mehrere Jahre in Berlin und beherrscht die deutsche Sprache vollständig. Er ist ein naiver Freund Rittis.

Dollar (Amtlich): 830

Sittliche Gedanken im neuesten Steuerrecht.

Von D. Reinhard Mumm,
Mitglied des Steuerkomitees im Reichstage.

Unmittelbar, ehe der Reichstag in seine Sommerferien ging, hat er das Steuerrecht in wichtigen Teilen neu gestaltet: Einkommen- und Erbschaftsteuer erlebten tief einschneidende Änderungen, dazu kam die Zwangsanleihe. Oberster Grundgedanke jedes Steuerrechts muß die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit sein. Beim Gesamtzustand unseres Volkslebens und unserer Finanzen kann eine Besteuerung unter der Leistungsfähigkeit nicht in Frage kommen. Aber eine Besteuerung über die Leistungsfähigkeit hinaus ist kurzfristig und rächt sich bald, weil die Leistungsfähigkeit abnimmt, sobald die Schulter überlastet wird. Ob dies nicht dadurch geschehen ist, daß man mit der Zwangsanleihe 70 Milliarden Mark des Volkvermögens ihrer bisherigen wirtschaftlichen Funktionen entzieht, also die schon vorhandene Geldknappheit um 70 Milliarden Mark erhöht, wird abzuwarten sein.

Die Neuformung von Einkommensteuer und Erbschaftsteuer, dem findenden Geldwert angepasst, verdient uneingeschränktes Lob und fand kaum Widerstand im Reichstage. Die Verhandlungen im Steuerkomitee boten ein Bild echter Sachlichkeit und angestrengtester Gemeinschaftsarbeit.

Es ist gelungen, die Kleinrentner wesentlich besser zu stellen. Die ersten 2000 Mark ihres Jahreseinkommens sind nunmehr völlig steuerfrei; und wieder Kleinrentner haben denn mehr? Dazu erhalten sie die Kapitalertragssteuer, die sie so schwer drückte, bis 2000 Mark voll, die nächsten 2500 Mark zur Hälfte zurückvergütet. Es ist also für die fürchtbar notleidende Schicht der Kleinrentner wenigstens auf steuerlichem Gebiet Dürregründendes erreicht worden. Ob die vom Reich an ihrer Unterstützung bewilligten 500 Millionen Mark ausreichen werden, darf als mehr als zweifelhaft bezeichnet werden.

Es ist zum anderen der Kindererwerb, wenn auch vielleicht noch nicht völlig ausreichend, gedacht. Die Steuerermäßigung um je 800 Mark für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind, das nicht selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagung ist, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 300 000 Mark beträgt. Sodann ist der Spartrieb gefördert. Lebensversicherungsprämien sind bis 8000 Mark steuerfrei. Es ist aber auch erlaubt — wenn man sich nicht binden will — bei Sparfahrsbeiträgen, die am 31. Jahre gepart sind, bis zu 8000 Mark jährlich einzuzahlen, die nicht versteuert werden. Endlich sind Beiträge zu Sterbefällen bis zu 1000 Mark abzulassen.

Abgabefähig ist nach § 13, Ziffer 6a, die Kirchensteuer, nach Ziffer 7 der sogenannte „biblische Zehnte“. Dort heißt es: Vom Gesamtbetrag der Einkünfte sind, soweit in diesem Gesetz nichts anderes vorgeschrieben ist, in Abzug zu bringen einmalige und regelmäßige Beiträge an inländische Vereinigungen, die ausschließlich wissenschaftlichen, künstlerischen, kirchlichen, mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken dienen, soweit der Einzelbetrag 200 Mark übersteigt und der Gesamtbetrag dieser Beiträge zehn vom Hundert des Einkommens des Steuerpflichtigen nicht übersteigt.

Kulturell recht wertvoll ist auch die Ermäßigung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Zuwendungen zu kirchlichen Zwecken unterliegen dieser nicht. Zuwendungen zu mildtätigen und gemeinnützigen Zwecken nur, soweit es sich um Gaben von mehr, wie 10 000 Mark handelt. Auch Zweckverwendungen, die der Pflege des Andenkens dienen, sind steuerfrei.

Es ist in unserer Zeit doppelt erfreulich, von solchen guten Bestimmungen reden zu können.

Amerikas Haltung in der Schuldenfrage.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Newyork, 3. Aug. Dem „New York Herald“ zufolge hat die Note Balfours bisher in Amerika nur wenig Kommentare hervorgerufen. Man scheint den Standpunkt einzunehmen, daß Amerika die ganze Angelegenheit sehr wenig angeht. Im allgemeinen denkt man, daß es keinen Unterschied für Amerika ausmacht, welche politische Gestaltung in Europa vollbracht werden. Im Zusammenhang mit dem Schuldenproblem hebt man hervor, daß die amerikanischen Anleihen in Europa nicht einzelnen bestimmten Nationen gegeben worden sind und daß es Amerika wenig interessiert, wie diese Staaten die geliehenen Summen abzurufen verteilt haben. Die Regierung hat mehrfach öffentlich den Standpunkt vertreten, daß sie diese Anleihe als erklaffige Aktiva betrachtet und daß sie nicht die Absicht hat, sie zu annullieren. In offiziellen Kreisen glaubt man, daß wenn es doch noch zu einer Annullierung der Schulden kommen sollte, diese nur erfolgen kann, sobald England seine eigenen Schulden gegenüber Amerika geregelt hat. Für den Fall, daß das englische Konto entweder liquidiert oder fundiert wird, und dadurch eine breite elastische Grundlage geschaffen ist, wird sich der Kongreß dazu ermächtigt sehen, sich auch mit den Schulden anderer alliierter Mächte zu beschäftigen.

Die Stimmung in England.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
London, 3. Aug. In der Presse wie in politischen Kreisen wird die außerordentliche Bedeutung der neuesten englischen Note hervorgehoben. Kritik wird nur von denjenigen geäußert, die, wie „Times“ und „Morning Post“, gehofft hatten, daß die Londoner Regierung die neue Ära der Reparationspolitik durch die großzügige Gewährung von Bedingungen verzögert auf die französischen Schulden eröffnen werde. Die jetzt gewählte Taktik kam nach langen, schweren Bedenken des Kabinetts, das den indirekten Appell an die Vereinigten Staaten aus naheliegenden Gründen bereits abgelehnt hatte, zustande. Die „Times“ versichert, daß die Genu gegen das nunmehr gewählte Verfahren gewesen sei. Unzweifelhaft war der kürzlich erwähnte Schritt des Verbandes der Industriellen, die eine stärkere Steuerbelastung fürchten, für die Abwendung der Note wesentlich mitbestimmend.